



Antrag

der Fraktion der CDU

Keine Verdrängung regulärer Arbeitsplätze

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag lehnt den vorgesehenen Wegfall des „Zusätzlichkeitskriteriums“ im geplanten Gesetzentwurf zur Reform der Arbeitsförderung der Bundesregierung ab.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für die Beibehaltung des Zusätzlichkeitskriteriums bei der Bundesregierung einzusetzen.

Begründung:

Die Koalition SPD - Bündnis 90 / Die Grünen plant noch in diesem Jahr unter dem Schlagwort „Job-Aktiv“ ein Gesetz in den Bundestag einzubringen, mit dem unter anderem die Restriktionen bei der Vergabe öffentlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gelockert werden sollen. Damit wird der Verdrängung regulärer Arbeitsplätze Tür und Tor geöffnet. Die CDU-Landtagsfraktion fordert eine eindeutige Prioritätensetzung zugunsten des ersten Arbeitsmarktes.

Roswitha Strauß

und Fraktion

Torsten Geerds